

# HESSENSCHE Nachrichten

Einzelpreis 20 Pfennig

1983

Redaktion u. Verlag Kassel, Friedrichsstr. 32-34, Ruf: Sammel-Nr. 346  
Monatsbezug: 3,45 DM, zuzüglich 0,55 DM Zustellgebühren. Im Postbezug 3,46 DM einschl. Postzeitungsgebühren, zuzüglich 0,54 DM Zustellgebühren. Im Streifenbandversand 3,45 DM zuzüglich Porto. - FS-Nr. 099 804.  
Anzeigenpreis: Je nach der 13spaltigen Seite Gesamtausgabe 0,60 DM, Provinzausgabe 0,35 DM, Stadtausgabe 0,35 DM, Bezirksausgabe 0,10 DM je Spalte. PS-Konto: Frankfurt/M. Nr. 28 166. Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen des Betriebes bzw. auf dem Versandwege, bei Streik, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kürzung bzw. Erstattung des Bezugsgeldes. Postverlagsort Kassel.

Unabhängige Tageszeitung für Kassel und Nordhessen

Stadtausgabe

Mittwoch, 26. März 1958

Nummer 72 / 14. Jahrgang

## „Modernste Waffen“ für die Bundeswehr

Nach dem Willen der Bundestagsmehrheit bis zum Zustandekommen einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung

BONN (HN/AP/dpa). Zum Schluß seiner viertägigen Debatte über die außenpolitische Lage nahm der Bundestag am späten Dienstagabend mit den Stimmen der Regierungsmehrheit eine Entschließung an, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, bei allen internationalen Verhandlungen und Konferenzen für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung atomarer und konventioneller Waffen einzutreten. Bis zum Zustandekommen eines solchen Abkommens soll die Bundesregierung den Aufbau der deutschen Bundeswehr im Rahmen der NATO fortsetzen und dabei „in Übereinstimmung mit den Erfordernissen dieses Verteidigungssystems und angesichts der Aufrüstung des möglichen Gegners“ die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modern-

sten Waffen — d. h. notfalls Atomwaffen — so aufrüsten, damit sie „den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“. Außerdem wurde die Bundesregierung beauftragt, entsprechend den Wünschen des ganzen deutschen Volks diesseits und jenseits der Zonengrenze sicherzustellen, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage einer Lösung näher gebracht wird. Schließlich sprach sich die Mehrheit des Bundestages erneut für freie Wahlen als Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands aus und lehnte den Abschluß eines Friedensvertrages für zwei deutsche Staaten entschieden ab.

Die Entschließungen und Anträge der Oppositionsparteien, die die Bundesregierung hinsichtlich ihrer NATO-Verpflichtungen und der sich daraus ergebenden atomaren Ausbildung und Aufrüstung der Bundeswehr auf eine Absage festlegen sollten, wurden von der Regierungsmehrheit des Parlaments dagegen abgelehnt.

### SPD und FDP kündigen nationalen Notstand an Atom-Volksbefragung verlangt

Nach Abschluß der eigentlichen Debatte und unmittelbar vor der Abstimmung im Bundestag erklärten sowohl die SPD als auch die FDP am späten Dienstagabend, daß die jetzige Lage zum nationalen Notstand zu führen drohe. Während die FDP bereits den Antrag stellte, eine Regierung des nationalen Notstands zu bilden, behielt sich die SPD entsprechende Schritte „angesichts der fortschreitenden Spaltung Deutschlands und der Entschlossenheit der Bundesregierung zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr“ vor.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer kündigte einen Gesetzentwurf seiner Fraktion zur Volksbefragung über die Atomwaffen in der Bundesrepublik an. Die Abstimmung soll binnen dreier Monate erfolgen und die Frage enthalten, ob die Wähler mit einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der Errichtung von Abschussrampen für atomare Sprengkörper einverstanden sind.

### FDP: Ohne Adenauer

Für die FDP forderte Dr. Mende die Bildung einer Regierung aus allen Parteien des Hauses unter einem neuen Bundeskanzler, den die stärkste Fraktion stellen sollte. Diese Regierung solle ein nationales Notstandsprogramm ausführen, das u. a. folgende Punkte enthält:

Die vier Großmächte sollen dazu bewegt werden, auf ihrer Gipfelkonferenz über den Status Gesamtdeutschlands zu verhandeln. Die Teilnahme deutscher Vertreter an dieser Konferenz soll vorbereitet werden. Der Rapacki-Plan soll als Verhandlungsgrundlage anerkannt werden. Die vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik sollen gewahrt bleiben.

### CDU/CSU: Höhenwahn

CDU/CSU und DP lehnten diesen Vorschlag sofort ab. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Krone nannte ihn „Höhenwahn“. Das deutsche Volk habe im September des vergangenen Jahres entschieden, wer die Mehrheit im Parlament habe. Die „sogenannte“ Freien Demokraten sollten diese freie Entscheidung respektieren.

In der fast elfstündigen Abschlußdebatte legten noch einmal acht Sprecher der Bundesregierung und der Regierungsparteien sowie neun Sprecher der Opposition die Argumente beider Seiten dar. Ausführlicher Bericht hierüber auf Seite 2.

## Weltgeschehen kurz berichtet

Mit einer großen Parade nahm die seit elf Jahren in Schleswig-Holstein stationierte dänische Deutschland-Brigade von ihrer Garnisonstadt Itzehoe offiziell Abschied. Die 2000 Soldaten werden bis auf ein kleines

### Die Zeitkarten für Bahnbusse teurer

FRANKFURT (dpa). Die Bundesbahn erhöht vom 1. April an ihre Zeitkartenpreise für die Omnibusse. Der Einzelfahrtspreis für den Omnibusverkehr der Bundesbahn, der im vergangenen Jahr auf 7,5 Pfennig pro Kilometer heraufgesetzt wurde, bleibt davon unberührt. Gegenüber der bisherigen Regelung sieht der neue Zeitkartentarif eine mit der Entfernung fallende Staffelung vor. Während für kurze Fahrten zum Teil relativ erhebliche Verteuerungen eintreten, werden die Zeitkarten für größere Strecken teilweise sogar billiger als bisher sein.

## Wilder Streik in Kassel

1000 Henschelaner gegen Atombewaffnung

KASSEL/FRANKFURT (HN/AP/dpa). Während im Bundestag noch die Debatte über die grundsätzliche Frage, Atomwaffen für die Bundeswehr oder nicht, rollte, kam es im Bundesgebiet zur ersten Arbeitsniederlegung aus Protest gegen die geplante Ausrüstung mit diesen Waffen: Rund 1000 Arbeiter der Henschelwerke in Kassel traten am Dienstag in einen fünfständigen, wilden Streik. Die Demonstranten zogen in Gruppen auf den Friedrichsplatz. Dort fielen aus ihren Reihen scharfe Worte gegen den Bevollmächtigten der IG Metall in Kassel, Stephan, der dieser Demonstration seine Zustimmung versagt hatte. Als Redner trat der Sekretär des SPD-Bezirks Hessen-Nord, Ahrens, auf, der den Arbeitern wörtlich zurief: „Sie sind vor der Bundestagswahl getäuscht worden, nicht nur wegen der Preissteigerungen, sondern vor allem auch wegen der atomaren Bewaffnung.“

Auf Vorschlag des Redners wurden von den Kundgebungsteilnehmern Telegramme an die „Bewegung gegen den Atomtod“, die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat gesandt, in denen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen protestiert und darum gebeten wird, durch eine vernünftige Politik die Arbeitsplätze der Berufstätigen zu erhalten.

In einem weiteren Telegramm wurde der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf um ernsthafte Prüfung der Frage gebeten, ob ein Generalstreik nicht das „parlamentarisch geeignete und gewerkschaftspolitisch notwendige Mittel“ ist, um die Atombewaffnung zu verhindern. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

### Erler lehnt ab

Noch am Vortage hatte der Wehr-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Erler, in Bremen einen 24stündigen Generalstreik aus Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr abgelehnt. Ein Generalstreik sei nur dann gerechtfertigt, wenn die Bundesregierung die Grundlage der parlamentarischen Ordnung verlasse. Dafür gebe es jedoch zur Zeit keinen Anhaltspunkt. Grundsätzlich billigte Erler den Gewerkschaften das Recht zur Verteidigung der freiheitlichen Staatsform zu.

Auch die Katholische Arbeiterbewegung hat inzwischen den DGB davor gewarnt, die Souveränität des Bundestages einzuschränken. Das Industrieinstitut sah sich zu der Feststellung veranlaßt, daß ein „politischer Streik“ verfassungswidrig sei, denn er bedeute eine Mißachtung des Wählerwillens.

### Sondersitzung des DGB

Nachdem sich in den letzten 48 Stunden beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf Telegramme örtlicher Gewerkschaftsgliederungen mit der Forderung nach aktivem Vorgehen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr gehäuft haben, hat der Bundesvorstand in der Nacht zum Mittwoch beschlossen, am Freitag zu einer Sondersitzung in Hamburg zusammenzutreten.

Bereits am Dienstagmittag sandte der DGB-Vorstand Telegramme an die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen, in denen vor einer Atomrüstung gewarnt und dringend gebeten wird, für einen Verzicht auf atomare Waffen einzutreten.

### Pankow schürt

Die kommunistischen Machthaber in der Sowjetzone sind nach den am Dienstag vorliegenden Meldungen entschlossen, sich die Gelegenheit zu einer Hetze gegen die verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik nicht entgehen zu lassen. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ rief die westdeutsche Arbeiterschaft bereits zu Massendemonstrationen gegen die Atombewaffnung auf.

Der SED-Sekretär Ulbricht kündigte an, die DDR werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um die westdeutsche „Volksbewegung gegen den Atomtod“ zu aktivieren. In der Zone will die SED nach bewährtem Muster Massendemonstrationen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr inszenieren. (Siehe auch Leitartikel Seite 2).

## WEU soll gemeinsam rüsten

Bonn und London wollen Initiative ergreifen

BONN (AP/dpa). Auf der Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Länder, die Mitte April in Paris stattfindet, soll den sieben Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) ein gemeinsamer Rüstungspool vorgeschlagen werden. Dies haben der britische Verteidigungsminister Sandys und sein Bonner Kollege Strauß während ihrer zweitägigen Verhandlungen in der Bundeshauptstadt vereinbart.

In einem am Dienstag veröffentlichten Kommuniqué heißt es, daß die zweiseitigen Abmachungen zwischen Bonn und London und das Dreierabkommen („Rüstungsdreieck“) zwischen der Bundesrepublik, Frank-

reich und Italien auf alle WEU-Staaten ausgedehnt werden sollten.

Ziel der gemeinsamen Rüstungsanstrengungen soll vor allem eine Arbeitsteilung in der militärischen Forschung, Entwicklung und Produktion sein. Dabei wird sowohl an einen rückhaltlosen Austausch aller Informationen als auch an eine Verminderung des Waffentypen-Wirrwarrs gedacht.

### Der Hintergrund

Politische Beobachter sehen die Besprechungen zwischen Sandys und Strauß vor dem Hintergrund gewisser britischer Befürchtungen, daß die kontinentaleuropäischen Staaten in zunehmendem Maße eigene Wege in der Rüstung beschreiten könnten. Der englische Verteidigungsminister traf am Dienstag auch mit Bundesaußenminister von Brentano zusammen, nachdem er bereits am Montag eine Aussprache mit Bundeskanzler Adenauer gehabt hatte.

### Unterirdische Kirche in Lourdes geweiht

LOURDES (AP/dpa). Mit einem fünfzehnhundertjährigen Pontifikalamt, das der Patriarch von Venedig, Kardinal Roncalli, in Anwesenheit von mehr als 20 Erzbischöfen, 30 Bischöfen und über 100 000 katholischen Pilgern zelebrierte, fand am Dienstag die zweitägige Weihe der großen unterirdischen Basilika des Heiligen Pius X. neben der weltberühmten Grotte in Lourdes (Frankreich) ihren Höhepunkt und Abschluß.

Zuvor waren die Reliquien dreier heiliger Märtyrer in feierlicher Prozession in die 201 Meter lange und 20 000 Menschen fassende unterirdische Kirche gebracht und in einer der Längswände eingemauert worden. In seinem Gebet sprach Kardinal Roncalli die Bitte aus, daß das neue Gotteshaus „eine Quelle neuen Lebens für alle Menschen aller Zeiten“ werden möge.



## Triumphzug durch Amsterdam

Holländer umjubeln das englische Königspaar

Mit einem Kuß auf beide Wangen begrüßten sich am Dienstag die beiden einzigen regierenden Königinnen Europas, Elizabeth II. von Großbritannien und Juliana der Niederlande. Das englische Königspaar traf zu einem dreitägigen Staatsbesuch an Bord der Jacht „Britannia“ in Amsterdam ein. Die niederländische Thronfolgerin Beatrix (20) strauchelte beim Betreten des Hafenkais und wäre beinahe ins Wasser gefallen.

Die Fahrt in die mit Blumen und Fahnen festlich geschmückte Stadt wurde für die beiden Königinnen zu einem wahren Tri-

umphzug. Die jugendliche Erscheinung Elizabeths rief die Menschenmenge zu bewundernden Rufen „Wie hübsch!“ hin. Man hörte auch Bemerkungen, wie schlank Juliana geworden sei.

Unser AP-Bild zeigt (v. l. n. r.) Prinz Philip, Prinzessin Beatrix, Königin Elizabeth und Königin Juliana, die auf dem Balkon des königlichen Palastes in Amsterdam der Menschenmenge zuwinken. Prinz Bernhard der Niederlande, der die Folgen einer Grippe noch nicht völlig überwunden hat, konnte dem festlichen Einzug bei strahlender Frühlingssonne nicht beiwohnen.

## Kompromiß-Formel gesucht

- aber scharfe Worte zwischen Moskau und Washington

WASHINGTON/MOSKAU (HN/AP/dpa). Während innerhalb der letzten 24 Stunden auf offener Bühne zwischen Moskau und Washington scharfe Worte gewechselt wurden, sind hinter den Kulissen und unter strengster Geheimhaltung fieberhafte Bemühungen im Gange, durch einen Kompromiß in der Abrüstungsfrage den Weg zu einer Gipfelkonferenz zwischen Ost und West zu ebnen. In Moskau kamen der UN-Generalsekretär Hammarskjöld und der sowjetische Außenminister Gromyko zu einer weiteren, mehrstündigen Konferenz über das Abrüstungsproblem zusammen. Im Weißen Haus in Washington tagte hinter verschlossenen Türen der Nationale Sicherheitsrat der USA. Es wurden neue amerikanische Abrüstungsvorschläge erörtert, die angeblich darauf abzielen, Abrüstungsgespräche außerhalb der Vereinten Nationen zu führen, ohne die Verantwortlichkeit der Weltorganisation in dieser Frage zu umgehen.

In der Nacht zum Dienstag wurde nun in Washington die neue sowjetische Note an die USA veröffentlicht. Wiederum wird darin die Erörterung der deutschen Wiedervereinigung auf einer Gipfelkonferenz abgelehnt. Die Sowjetregierung besteht außerdem auf der von ihr vorgeschlagenen Tagesordnung für diese Konferenz und wirft den USA vor, „das gesamte Problem wieder zum Ausgangspunkt zurückzuführen.“

### „Moskaus Preis zu hoch“

Diese Antwort hat in der westlichen Welt ein negatives Echo ausgelöst. London bezeichnete es als „entmutigend“. Außenminister Dulles stellte in New York fest, der Preis, den Moskau vom Westen für eine Gipfelkonferenz fordere, sei zu hoch. Er nehme aber an, daß sich die Russen auf Handeln einlassen würden. Die Sowjetnote stelle außerdem einen Versuch dar, die Verantwortung der vier Mächte für die deutsche Wiedervereinigung zu beenden.

Der Ton der letzten sowjetischen Noten habe sich zunehmend verschärft. Wenn dieser Ton ein Hinweis auf die Gipfelkonferenz sein sollte, dann wäre es bes-

ser, überhaupt keine Gipfelkonferenz zu veranstalten.

### Alleingang möglich

Ein Alleingang der USA nach Moskau, wie er von kanadischer Seite vorgeschlagen worden ist, würde den Vereinigten Staaten eine sehr schwere Verantwortung aufbürden, die seine Regierung nur zögernd auf sich nehmen würde, sagte Dulles und fügte wörtlich hinzu: „Aber damit will ich nicht die Tür für eine solche Möglichkeit zuschlagen.“

### Pineau nach Bonn

Zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz — so heißt es in Paris — trifft am Freitag der französische Außenminister Pineau in Bonn ein und will dort mit Bundeskanzler Adenauer und Außenminister v. Brentano verhandeln. Französische Pressemeldungen, nach denen Pineau einen Plan für eine teilweise Entmilitarisierung der Bundesrepublik, der Sowjetzone und Polens in Bonn besprechen will, wurden bereits eine Stunde nach ihrer Veröffentlichung vom französischen Außenministerium strikt dementiert.

0010062889